

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Monatliche Beilagen: „Der Betriebsrat in der Holzindustrie“ und „Holzarbeiter-Frauenblatt“.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis monatlich 6,50 Goldmark. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: W. Kanfer, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Edward Steinbremer, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate: Die 8gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum nach Goldmark 20 Pf. Arbeitervermittlungen: 30 Pf. Verbandsanzeigen 20 Pf. pro Zeile.

## Jahresbilanz.

Nach dem fürchterlichen Zusammenbruch im Weltkriege ist das deutsche Volk in seinen Wünschen und Hoffnungen immer bescheidener geworden, aber auch die bescheidenen Erwartungen, mit denen das Jahr 1923 begrüßt wurde, haben eine bittere Enttäuschung erfahren. Den tüchtigen Geschäftsleuten mit weitem Gewissen, die es fertig bringen, aus allen Blüten Honig zu saugen, hat es auch im abgelaufenen Jahre nicht an Bereicherungsmöglichkeiten gefehlt, die Krupellos ausgenutzt wurden; für die breite Masse des deutschen Volkes hat aber das Jahr 1923 ein Maß von Not und Elend gebracht, das all das Übel in den Schatten stellt, was wir in den verflochtenen Jahren erlebt haben.

Zu Beginn des Jahres fand die Pariser Konferenz der leitenden Minister von England, Frankreich und Italien statt, der mit großen Erwartungen entgegengesehen wurde. Die Konferenz scheiterte, und wenige Tage später erfolgte der Einmarsch des französisch-belgischen Heeres in das Ruhrgebiet. Damit begann ein Kampf, der für Deutschland von den schwersten Folgen begleitet war. Die Träger des grandiosen Abwehrkampfes an der Ruhr waren die Arbeiter und mit ihnen die Angestellten und Beamten. Ihnen wurden die höchsten Löhlerder gefungen, feierlich wurde ihnen versprochen, daß Deutschland die unter Erhaltung schwerster Leiden geleisteten Dienste nie vergessen würde. Wie ihnen nach dem Kampf gedankt wurde, ist noch in frischer Erinnerung.

Hätten die Besiegten, statt den Ruhrkämpfern Lohlieder zu singen, in den Beutel gegriffen, hätte das bürgerliche Ministerium Cuno, dessen inoffizieller Berater in finanziellen Dingen der deutschnationale Herr Helfferich war, zur Finanzierung des Kampfes extragrosche Steuern auf Einkommen und Besitz ausgeschrien, dann wäre die Lage Deutschlands am Schlusse des Jahres nicht so verzweifelt, wie es leider der Fall ist. Der Ruhrkampf wurde mit der Rotenpresse geführt. Es wurden Geldscheine in einem Ausmaß gedruckt, wie es die Welt vorher nie gesehen hat. In dem gleichen Maße sank der Wert der Mark. Der Dollar, der zu Beginn des Jahres mit 7200 Mark bewertet wurde, stieg auf 4200 Milliarden, und er wäre zeitweilig um das Zwei- bis Dreifache höher gestiegen, wenn nicht im Devisenhandel das freie Spiel der Kräfte ausgeschaltet worden wäre. Durch die Inflation wurde das arbeitende Volk bis auf Blut ausgesaugt. Die Rot der breiten Massen stieg ins Ungemessene. Sie hatten die Kosten des Ruhrkampfes zu tragen, während die Geldentwertung den Besiegten ungeheure Gewinne brachte und sie gleichzeitig von der Steuerpflicht entband.

Das Jahr 1923 ist gekennzeichnet durch den Verzweiflungskampf der deutschen Republik um ihre Erhaltung gegen den Ansturm von den verschiedensten Seiten. Leider kann nicht gesagt werden, daß dieser Kampf mit dem erforderlichen Nachdruck und stets mit den richtigen Mitteln geführt wurde. Den Arbeitern gebührt der Ruhm, die auf französisch Bajonette gestützte Separatistenbewegung im Rheinland abgewehrt zu haben. Die Arbeiter sind die zuverlässigsten Stützen der Republik. Wie die Republik ihnen dankt, zeigt der Belagerungszustand und seine Handhabung, zeigt die Reichsresolution gegen Sachsen und Thüringen. Immer übermütiger werden die reaktionären Mächte. Sie halten den Zeitpunkt nahe, ihre Herrschaft wieder aufzurichten. Die Rücksicht, mit welcher die nationalistischen Verschwörer behandelt werden, die Langmut, mit der das Reich den Hochverrat in Bayern duldet, gibt ihnen ein gewisses Recht zu ihren hochgehenden Hoffnungen. Nicht zum wenigsten aber, und das kann nicht oft genug wiederholt werden, ist es die Uneinigkeit, der Streit und Hader im Lager der Arbeiter, der der Reaktion den Raum schwellen läßt.

Die politischen Zustände haben auch die Wirtschaftslage sehr ungünstig beeinflusst. Der Beschäftigungsgrad der Industrie hat sich das ganze Jahr hindurch fast ununterbrochen verschlechtert. Zugleich nahm der Entwertungsprozeß der Mark ein immer schnelleres Tempo an. In immer kürzeren Zwischenräumen mußten die Löhne der Arbeiter festgesetzt werden, und der Reallohn wurde, gemessen an den Kosten der Lebenshaltung, immer niedriger. Nach dem Abbruch des Ruhrkampfes wurde der verbrecherische Reichsfinn, mit dem dieser Kampf finanziert worden war, erst völlig offenbart. Nun mußten mit der größten Beschleunigung energische Maßnahmen getroffen werden, sollte der akute Hungersnot gesteuert werden, die als Folge der Wertlosigkeit der Mark drohte. Bisher hatten die Kreise, die aus der Markinflation riesige Gewinne zogen, die Einführung einer neuen Währung hintertrieben.

Mit der Herausgabe der Rentenmark mußte die Rotenpresse stillgelegt werden. Da nicht rechtzeitig ergiebige Steuerquellen eröffnet waren, sah sich das Reich genötigt, seine Ausgaben auf das äußerste zu beschränken. Beamtenabgaben und Herabsetzung der Beamtengehälter sind das Ergebnis dieses Unwiderstandes zur Sparsamkeit, der bei den Restriktionen herabgesetzter unangehore Erregung ausgelöst hat. Ihr sind wichtige soziale Aufgaben zum Opfer gefallen. Die Einschränkung der Erwerbslosenunterstützung ist eine Folge dieser Sparsamkeit. Zugleich wird ein großer Effekt erzielt, die sozialpolitischen

Errungenschaften der Arbeiter rückgängig zu machen. Mit dem Abbau der Demobilisierungsverordnungen kommt die Reichsregierung den Wünschen der Unternehmer weit entgegen. Die Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten auf 54 Stunden in der Woche wird von den Scharfmachern in ihrem Kampf gegen den Achtstundentag als wertvolle Hilfe empfunden werden. Alle feindlichen Mächte wirken zusammen, das Los der Arbeiterschaft zu verschlechtern und ihre Lebenshaltung unter jedes erträgliche Maß herabzudrücken.

Die Gewerkschaften befinden sich an der Jahreswende in einer schwierigen Lage. Unter den ungünstigsten Umständen müssen sie sich gegen den konzentrierten Angriff der Gegner wehren. Das trifft auch für unseren Deutschen Holzarbeiter-Verband zu. Die Tätigkeit des Verbandes wurde durch die unaufhörlichen Lohnverhandlungen in ganz außerordentlichem Maße in Anspruch genommen. In den weitaus meisten Fällen ist es möglich gewesen, sich friedlich zu verständigen, aber der Verband war auch genötigt, Lohnkämpfe von zum Teil sehr großem Umfang zu führen. Ende März hatten wir in mehreren Lohnbezirken insgesamt nahezu 40.000 Mitglieder gleichzeitig im Lohnkampf. Dank der Opferwilligkeit der Mitglieder ist es gelungen, das Loch, das diese Kämpfe in die Kassen des Verbandes gerissen hatten, verhältnismäßig schnell wieder zu stopfen. Obwohl unter Verband den Streik grundsätzlich nur als letztes Mittel in Anwendung bringt, sind wir doch auch im abgelaufenen Jahre genötigt gewesen, ununterbrochen Lohnkämpfe von größerem oder geringerem Umfang zu führen. Die beim Verbandsvorstand geführte fortlaufende Wochenstatistik über die Streiks ergibt, daß im Jahresdurchschnitt an jedem Tage 3797 Verbandsmitglieder im Streik standen.

Die Unterstützung der Streikenden absorbiert einen großen Teil der Verbandseinnahmen. Viel stärker aber als durch die Streikunterstützung wurde der Verband finanziell durch die Inflation betroffen. Sie bewirkte, daß die Beiträge nur in sehr entwertetem Zustande in die Verbandskasse flossen. Die schnelle Entwertung des Geldes hat auch da und dort auf die Beitragsfreudigkeit der Mitglieder einen ungünstigen Einfluß ausgeübt. Der Grundsatz, daß der Wochenbeitrag einem Stundenlohn entsprechen muß, wurde zwar eingehalten, aber mancherorts hat man es wohl für zweckmäßiger befunden, den Stundenlohn der Vorwoche als Grundlage zu nehmen. Das Drängen des Verbandsvorstandes auf schnellere Einfindung der Gelder blieb nicht ohne Erfolg, trotzdem wurden die Einnahmen ausfälle für die Hauptkasse immer empfindlicher, zumal die riesige Arbeitslosigkeit an sich schon eine Verminderung der Einnahmen bedingt. Als der Dollar im Oktober und November Riesensprünge machte, wurde die Finanzlage des Verbandes kritisch. Die Ausgaben mußten nach Möglichkeit eingeschränkt werden. Davon wurde auch die „Holzarbeiter-Zeitung“ betroffen, deren Umfang schon vorher auf zwei Seiten eingeschränkt war. Die sozialen Unterstützungen, deren Beiträge infolge der Geldentwertung sehr niedrig waren, mußten Ende Oktober vorübergehend ganz eingestellt werden. Die Lage des Verbandes war, wie die aller Organisationen, nichts weniger als rosig.

Diese Krise kann heute als überwunden gelten. Die Einführung von Beiträgen in Festmarkrechnung und die Stabilisierung der Mark haben zur Folge gehabt, daß die ärgste Finanzklemme überwunden ist. Zwar müssen wir noch weiter mit der äußersten Sparsamkeit wirtschaften, denn in erster Linie muß unser Kampfjohnd wieder auf eine angemessene Höhe gebracht werden; aber wir können wieder etwas freier atmen und die Wiederbelebung abgebanter Verbandsanstaltungen wenigstens in Erwägung ziehen.

Das ist die Lage, in der wir uns am Jahreschluß befinden. Die Stabilisierung der Währung hat dem Arbeiter die Möglichkeit gebracht, wieder über seinen Lohn zu disponieren. Die Freude darüber ist ein Zeichen dafür, wie bescheiden wir in unseren Ansprüchen geworden sind. Dabei haben wir keinerlei Gewähr dafür, daß die Stabilität der Währung Bestand hat, daß nicht die neue Währung wieder ins Rutschen kommt und unsere bescheidene Freude über Nacht zerstört. Auf der anderen Seite steht aber die Tatsache, daß die Löhne der Arbeitenden außerordentlich niedrig sind, daß die Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter ungeheuer groß ist und noch weiter wächst. Wir befinden uns in der Abwehr gegen eine unerträgliche Herabdrückung unserer Lebenshaltung und eine empfindliche Verschlechterung unserer sozialen Position.

Die Reichsregierung will mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes heroische Anstrengungen machen, den Etat ins Gleichgewicht zu bringen. Uns stehen gewaltige Steuerlasten bevor, die man nach Möglichkeit auf die breiten Massen abwälzen wird. Wir stehen vor schwersten Kämpfen, welche die ganze Kraft der Arbeiterschaft in Anspruch nehmen werden. Deswegen müssen wir uns in dieser Jahreswende bewußt sein. Die wichtigsten Voraussetzungen, diese Kämpfe mit Erfolg zu bestehen, sind Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterschaft. Sie herbeizuführen, sie zu festigen und auszubauen, muß unsere dringende Aufgabe sein. Daß dies gelingen möge, zum Wohle der deutschen Arbeiterschaft, das ist unser Neujahrswunsch.

## Volkswohl oder Unternehmerprofit.

Auf Antrag der Sozialdemokraten hat der Reichstag am 8. Dezember beschlossen, die am 17. November außer Kraft gesetzte Verordnung über den Achtstundentag wieder einzuführen. Für den Antrag müssen, da die Sozialdemokraten in der Minderheit sind, außer den Sozialdemokraten und Kommunisten auch eine Anzahl bürgerlicher Abgeordnete gestimmt haben. Aus dieser Tatsache darf man aber nicht etwa schließen, daß das Unternehmertum seine Auffassung über den Achtstundentag geändert habe. Die Unternehmer und die diese auch in der Arbeitszeitfrage lebhaft unterstützenden berufsmäßigen Nichtstuer sind auch heute noch der Meinung, daß der Achtstundentag der raffinierteste Luxus ist, gegen den all der schäbige Luxus in den Tanzpalästen und Schieberlokale nur ein beiläufiges Sten ist, wie am 17. November in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zu lesen stand. Die Unternehmervertreter im Reichstag haben dem sozialdemokratischen Antrag zugestimmt, nachdem sie sich bei der Reichsregierung vergewissert hatten, daß mit dem „Achtstundentagsput“ mit oder ohne Ermächtigungsgesetz Schluß, aber auch radikal Schluß gemacht werden wird. Die Reichsregierung hat den Reichstagsbeschlusse dem auch unbeachtet gelassen. Sie will ein neues Arbeitszeitgesetz erlassen. Die Verhandlungen darüber sind noch nicht abgeschlossen, wie das Gesetz endgültig aussehen wird, läßt sich also noch nicht sagen. Soviel steht aber fest, daß es nur das eine Ziel kennt: Beseitigung des Achtstundentages. Das zu erreichen, ist der feste Wille der Reichsregierung; auch wenn sie das Ermächtigungsgesetz nicht bekommen hätte, würde sie den „Achtstundentagsput“ beseitigen haben; sie würde dann, worum sie von den christlichen Gewerkschaften auch noch dringend gebeten wurde, den Artikel 48 der Reichsverfassung als Rechtsbasis genommen haben, um dem Unternehmertum zu Willen sein zu können.

Nach Meinung des Unternehmertums ist am Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft und an allen Mätern der Zeit der Achtstundentag schuld. „Die Masse des Volkes muß“, schrieb der Schwerindustrielle August Thomsen vor einem Jahr an den Reichstanzler, — „notigenfalls gegen ihren heftigen Widerstand — vor dem vollständigen Ruin geschützt werden.“ Dieser „Schutz“ kann nach Meinung Thomsens „nur in der Verlängerung der Arbeitszeit“ bestehen. Was gegen die Annahme, daß die Verlängerung der Arbeitszeit das Mittel zur Steigerung der Produktion sei, zu sagen ist, ist in diesen Spalten wiederholt, zuletzt in der Nummer vom 24. November dieses Jahres gesagt worden. Wir begnügen uns heute mit der Wiedergabe einiger Stimmen aus dem Unternehmerlager über die Wirkung des Achtstundentages auf die Wirtschaft und warum der Achtstundentag bekämpft wird.

Zu den wenigen Unternehmern, die aus richtiger Erkenntnis den günstigen Einflusses einer längeren Arbeitszeit auf die Arbeitsleistung schon vor zwei Jahrzehnten den Achtstundentag eingeführt haben, gehört auch der Großindustrielle Dr. Bosh in Stuttgart. In einem Aufsatz in der Wertzeitung seines Betriebes bedauert Herr Bosh, daß es heute noch Unternehmer gibt, die glauben, nur bei einer längeren Arbeitszeit könne Deutschlands Wirtschaftsleben wieder aufgebaut werden. „Das sind solche Unternehmer“, die von einer technischen und nach gut durchdachten Grundrissen durchgeführten Bervollkommnung ihrer Betriebe nichts wissen wollen, weil sie sich zu dem erforderlichen Aufwand von Denarbeit und Geld, der sich doch bald bezahlt machen würde, aus Bequemlichkeit oder sonstigen, ebensowenig sichhaltigen Gründen nicht entschließen können und lieber im alten Trott weiterwursteln.“ Nach seiner Erfahrung und Überzeugung „ist der Achtstundentag in Industrie und Gewerbe nicht nur eine Notwendigkeit, sondern auch ein Segen für unser Volk“.

Auch von Unternehmern, die erst durch die Verordnung über den Achtstundentag zu seiner Einführung gezwungen wurden, wird das Märchen von der Schuld des Achtstundentages am Zusammenbruch der Wirtschaft abgelehnt. Sicherlich ist es dem deutschnationalen Fabrikdirektor Burger in Chemnitz schwergefallen, öffentlich folgendes zu bekennen: „Bei dem Unternehmen, dem ich vorstehe, hat der Achtstundentag eine Mindestleistung nicht gebracht. Durch die zweimäßige Verteilung der Arbeitszeit hat sich die Produktion um rund 15 Prozent gesteigert.“ Die Feststellungen des Herrn Burger stimmen überein mit den Feststellungen, die andere Unternehmer auch machen; nur wenige von diesen geben aber öffentlich der Wahrheit die Ehre.

Von den Unternehmerzeitungen der Volkswirtschaft hat sich der „Holzmarkt“ im Kampfe gegen den Achtstundentag besonders hervorgetan. Dessen leitender Redakteur dürfte von der Spekulation etwas verstehen, wenn er auch bei der praktischen Anwendung seiner Kommis nicht immer vom Glück begünstigt war. Von lebensnotwendiger Arbeit weiß er aber herzlich wenig. Vor einiger Zeit ließ er zwei sozialindustrielle zu Worte kommen, die, eben weil sie praktische Erfahrung in der Wirtschaft haben, über den Achtstundentag ganz anders urteilen. Der eine Unternehmer schreibt: „Nur erscheint mir die Beseitigung des

Nachstundentages nicht als das, was unserer deutschen Wirtschaft am nötigsten ist. Es hat vor dem Kriege...

Recht ausschließend sind die Ausführungen, die "Der deutsche Tischlermeister" am 15. April 1921 machte...

Was die Unternehmer Gift und Galle gegen den Nachstundentag speien läßt, ist nicht die Sorge um das Wohlergehen des Volkes...

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Soldatenzinsen für die Opfer des Krieges. Nach einer Verordnung vom 14. Dezember werden vom 1. Dezember...

Table with columns for percentage of incapacitated soldiers and corresponding benefits.

Neuerungen im Schlichtungswesen.

Den wesentlichen Inhalt der Verordnung über das Schlichtungswesen vom 20. Oktober haben wir in Nummer 60 der Holzarbeiter-Zeitung...

Die Verordnung über das Schlichtungswesen bestimmt, daß in Preußen...

Die Beteiligten sind zu hören, doch blüht es dem Erweisen des Schadens...

Aus dem Verbandsleben.

Bekanntmachungen des Vorstandes. Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 52. Wochenbeitrag...

Table showing subscription rates for different numbers of issues (10, 20, 30, 40).

Das Korrespondenzblatt der Gewerkschaften. Die "Korrespondenzblatt der Gewerkschaften" wird mit dem 1. Januar...

Zentralratsversammlung der Bildhauer. Der Vorstand des zentralen Bildhauerwerks hat in der letzten Sitzung...

Unsere Lohnbewegungen.

Nach den vorliegenden Nachrichten aus dem einzelnen Landesbezirken...

In dieser Angelegenheit ist es ersichtlich, daß in manchen Landesbezirken...

Aus der Holzindustrie.

Die Süddeutsche Holzberufsgenossenschaft im Jahre 1922. Der letzte Jahresbericht der Süddeutschen Holzberufsgenossenschaft...

mit den berufsgenossenschaftlichen Spezialstellen besonders in solchen Fällen...

Das Verbot der roten Gewerkschaftsinternationale. Der Chef der Dreesleitung, General von Seckl...

Gewerkchaftliches.

Das Verbot der roten Gewerkschaftsinternationale. Die rote Gewerkschaftsinternationale ist ein Bestandteil...

Der Sächsischen Buchdruckerzunft. Der Ende 1922 geschaffene Buchdruckerzunft ist von den Unternehmern...

Der Internationale Gewerkschaftsbund und Deutschlands Not.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat an dem 2. Dezember...

Advertisement for 'Jungfer tüchtig Dreesler' and other products.

Advertisement for 'Pöllerermöller' and other products.